



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

22. Jahrgang, Nummer 03 / 2025

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

zum 1. Oktober 2025 ging in Belgien das AKW Tihange 1 vom Netz. Ein Grund zur Freude, der den Aktivitäten der Anti-Atomkraft-Bewegung zu verdanken ist. Allerdings muss der Protest gegen die Atomenergie auch in Belgien noch weitergehen: Die belgische Atomaufsichtsbehörde Fanc gab jetzt grünes Licht für das Wiederaufstarten des Atommeilers Doel 4 bei Antwerpen. Der Meiler darf noch bis 2035 am Netz bleiben. (Mehr zur aktuellen Genehmigungslage der belgischen AKW unter

<https://www.aachener-zeitung.de/region-nrw/belgien/atombehoerde-doel-4-darf-bis-2035-ans-netz/94582222.html>).

Der BBU wird da am Ball bleiben. Und er wird auch weiterhin die niederländische Anti-Atomkraft-Bewegung unterstützen, die sich gegen den drohenden Neubau von Atomkraftwerken in den Niederlanden zur Wehr setzt. Mehr dazu unten im Newsletter.

Weitere wichtige Themen in diesem Newsletter befassen sich u. a. mit den weiterhin drohenden Castor-Atommülltransporten nach Ahaus, mit der Atommüll-Situation in Gorleben, mit der geplanten Änderung des Immissionsschutzrechts und mit der Notwendigkeit sauberer Atemluft in Innenräumen.

Über viele weitere Themen halten wir Euch auf der BBU-Facebookseite auf dem Laufenden (z. B. über die Lage bei den Uranfabriken in Gronau und Lingen) und haltet bitte auch stets die Terminhinweise auf der BBU-Homepage im Blick. Teilt uns dafür auch (frühzeitig) gerne Hinweise auf eure örtlichen Veranstaltungen mit, damit wir sie unterstützend bewerben können.

Stichwort Unterstützung: Um Bürgerinitiativen vor Ort unterstützen zu können ist der BBU auch auf Spenden angewiesen. Gerade für die weitere Vernetzung- und Öffentlichkeitsarbeit des BBU sind Spenden sehr wichtig.

Für den BBU sind neue Mitglieder (Initiativen und auch gerne fördernde Privatpersonen) sowie solidarische Spenden absolut wertvoll. Wenn Ihr etwas Zeit dafür finden würdet, „hier und da“ Werbung für den BBU zu machen und / oder um dem BBU eine Spende zukommen zu lassen, wäre das großartig und eine wichtige Unterstützung für die zukünftige engagierte Arbeit des BBU.



BBU-Aufnahmeanträge findet man unter <https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Bitte weist Freundinnen und Freunde, befreundete Initiativen und auch gerne ökologisch orientierte Unternehmen darauf hin.

Hier das **BBU-Spendenkonto**:
Sparkasse Köln/Bonn
IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66
SWIFT-BIC: COLSDE33
Stichwort: **BBU Oktober 2025**

Der BBU-Vorstand, die Geschäftsführung und die Newsletter-Redaktion wünschen Euch eine widerstandsfreudige und engagierte Herbstzeit.

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktions-Vorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Atomenergie

4. Oktober: Dezentraler Aktionstag gegen AKW-Neubaupläne in den Niederlanden

Im Vorfeld der landesweiten Wahlen in den Niederlanden findet dort am 4. Oktober 2025 ein landesweiter, dezentraler Aktionstag gegen die AKW-Pläne statt. Aktionen sind in Amsterdam, Utrecht, Den Haag und in weiteren Städten geplant. Weitere Informationen dazu unter <https://wisenederland.nl/meld-je-aan-voor-de-landelijke-actiedag-tegen-kernenergie>

Castor-Wahnsinn trotz Drohnen-Provokationen? / 41 Gruppen rufen zu „Castor stoppen“-Demo auf (4. Oktober 2025)

Angesichts der jüngsten hybriden Bedrohungen durch zahlreiche Drohnensichtungen in Dänemark und Schleswig-Holstein fordern Anti-Atomkraft-Initiativen eine Absage der über 152 geplanten Castor-Transporte. Transporte mit hochradioaktivem Atomtüll sollen in Kürze von Jülich nach Ahaus fahren, weitere sollen aus Garching folgen.

Drohnen sind heutzutage leicht zu beschaffen und zu modifizieren. Der Ukraine-Krieg und die Vorfälle in



Dänemark zeigen die Brisanz dieser Entwicklung. Einerseits wäre die Beobachtung der Castor-Transporte mit Drohnen denkbar, um klassische Anschläge leichter durchführen zu können. Andererseits sind auch direkte Angriffe mit „Kamikaze“-Drohnen möglich. Die Physikerin Oda Becker schätzte bereits 2024 in einem Gutachten ab, dass circa 40 Prozent des radioaktiven Inventars einer der beiden Castor-Kammern durch Drohnenangriffe freigesetzt werden könnten.

„Wir fordern NRW-Innenminister Reul deswegen auf, die Polizei-Vorbereitungen für die Castor-Transporte zu stoppen. Er kann noch so oft betonen, wie gut seine Polizei arbeitet, solche Szenarien sind ganz offensichtlich nicht handelbar wie die die Vorfälle in Dänemark und Schleswig-Holstein zeigen“, betont Kerstin Ciesla vom BUND NRW.

Die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ hat ebenfalls ein Gutachten zur Sicherheit des Ahauser Zwischenlagers in solchen modernen Bedrohungsszenarien veröffentlicht. Auch hier sind gravierende Auswirkungen zu befürchten, da das Ahauser Zwischenlager zu den ältesten und baulich am wenigsten gesicherten in Deutschland gehört.

„Die Vorfälle in Dänemark und Schleswig-Holstein zeigen, dass die Bedrohung der Castor-Transporte und der Zwischenlager durch Drohnen real ist. Bislang haben Polizei und Bundeswehr kaum Möglichkeiten, bei solchen hybriden Bedrohungen für Sicherheit zu sorgen. Innenminister Dobrindt hat uns am Wochenende in unseren Befürchtungen bestätigt, denn ein Drohnenabwehrzentrum muss erst noch eingerichtet werden“, so Marita Boslar Aktionsbündnis „Stop Westcastor“.

41 Initiativen rufen zur Demo gegen Castor-Transporte auf – auch kirchliche Träger

Zu der überregionalen Demonstration gegen die Castor-Transporte am 4. Oktober in Ahaus rufen inzwischen 41 Initiativen, Verbände und Parteigruppierungen auf. Neben Anti-Atomkraft-Initiativen zählen dazu der BUND NRW, Parteien sowie die Evangelische Christus-Kirchengemeinde und die Katholische Kirchengemeinde St. Mariä Himmelfahrt, beide aus Ahaus.

„Damit sind wir breit aufgestellt und rufen alle Menschen auf, in Ahaus ein deutliches Zeichen für mehr Verantwortung und Sicherheit in der Atomüll-Politik zu setzen – Castor-Wahnsinn auf den Autobahnen gehört nicht dazu!“, so Burkhard Helling von der BI Ahaus.

Die Demonstration beginnt um 11 Uhr vor dem Rathaus Ahaus und führt dann zur Castor-Transportstrecke an der Kreuzung Schöppinger Straße/Schumacherring. Neben Redebeiträgen aus Ahaus und Jülich bereichert Marta Latour aus Münster die Kundgebungen mit Musik.

Pressemitteilung der BI „Kein Atomüll in Ahaus“ u. a. Initiativen vom 30.09.2025. Quelle und weitere Informationen: <https://www.westcastor.org>, <https://www.bi-ahaus.de>. Auch der BBU ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.

So geht es nicht!

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) und die Bäuerliche Notgemeinschaft rufen für Sonntag, den 5. Oktober, um 13 Uhr auf zu einer Kundgebung vorm Zwischenlager Gorleben.



Zwei Tage später wird in Salzgitter, dem Sitz des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) über die Pläne, die Zwischenlagerung in Gorleben zu verlängern, debattiert. „Das Atomüllbundesamt weicht der Debatte vor Ort, im Wendland, aus. Was in Gorleben in den nächsten 100 Jahren passiert, sollte auch vor Ort besprochen werden“, sagt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Das Brennelement-Zwischenlager Gorleben (BGZ) verliert im Jahr 2034 die Genehmigung. Bjarne Schemionek von der Bäuerlichen Notgemeinschaft sagt dazu: „Unsere Kritik am Rahmen der vorgeschalteten Umweltverträglichkeitsprüfung und unsere Vorschläge zur Verbesserung von Sicherheit und zur Sicherung des Lagers mit 113 Castorbehältern, die wahrscheinlich bis zu weiteren 100 Jahren oberirdisch gelagert werden müssen, werden offenbar nur gehört, wenn wir wieder demonstrieren.“

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 30. September 2025.
Quelle: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2025/09/30/so-geht-es-nicht/#more-40449>

Atommüllkonferenz

Die nächste bundesweite Atommüllkonferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen findet am 18. Oktober 2025 in Göttingen statt. Weitere Informationen und das Programm unter <https://www.atommuellkonferenz.de>

CCS

EU-Konsultation zur EU-Gesetzesinitiative für CO₂-Transportinfrastruktur und – Märkte

Im Rahmen der aktuellen EU-Konsultation zur EU-Gesetzesinitiative für CO₂-Transportinfrastruktur und – Märkte hat Oliver Kalusch (Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied) für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 7.9.2025 eine Stellungnahme abgegeben. Hier die Stellungnahme im Wortlaut: <https://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/Stellungnahme%20EU-CCS.pdf>

Friedensbewegung

Neue Unterschriftenaktion

Unter dem Titel „Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!“ sammeln Friedensorganisationen Unterschriften gegen die geplante massive Aufrüstung der Bundesrepublik. Der Abrüstungsappell, der von den Organisationen DFG-VK, IPPNW, Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben und pax christi initiiert wurde, startete am 2. Oktober 2025.

Mehr dazu unter

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/abruestungsappell-gestartet-initiativen-sammeln>



Immissionsschutzrecht

BBU-Stellungnahme: Geplante Änderung des Immissionsschutzrechts bedeutet massiven Demokratieabbau für die Bevölkerung

Scharf kritisiert hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) in einer Stellungnahme im Rahmen der Verbändeanhörung des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) den Entwurf eines Mantelgesetzes und einer Mantelverordnung zur Umsetzung der novellierten Industrieemissions-Richtlinie. Das Regelungspaket sieht schwerwiegende Einschnitte bei der Beteiligung der Öffentlichkeit vor, obwohl dies europarechtlich nicht verlangt wird. So soll die Öffentlichkeitsbeteiligung für zahlreiche Anlagen und Anlagenarten abgeschafft werden. Für manche Anlagen soll zukünftig sogar die Genehmigungspflicht nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz gänzlich entfallen. Der Wegfall der Genehmigungspflicht führt dabei auch zur Reduzierung der materiellen immissionsschutzrechtlichen Anforderungen. Der BBU bezeichnet den Entwurf zur Änderung der rechtlichen Regelungen als Geschenk für die Deregulierungslobby. Der Umweltverband fordert, diese Pläne unverzüglich fallen zu lassen und einen überarbeiteten Entwurf zur Änderung des Immissionsschutzrechts vorzulegen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt dazu: „Der vorgesehene Abbau der Beteiligungsrechte ist ohne Beispiel in der Geschichte des deutschen Immissionsschutzrechts. Damit werden die demokratischen Errungenschaften, die die damalige Bundesregierung mit der Einführung des BImSchG 1974 verbunden hatte, konterkariert. Die Zielsetzung „mehr Demokratie wagen“ wird jetzt durch „mehr Demokratieabbau wagen“ ersetzt. Dabei ist die Begründung für die Änderung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV), durch die die Öffentlichkeitsbeteiligung für zahlreiche Anlagen entfällt, fadenscheinig. Angeblich hätten diese Anlagen im Regelfall kein so hohes Beeinträchtigungspotential mehr. Den Beleg hierfür bleibt das Bundes-Umweltministerium nicht nur schuldig. Stattdessen können durch die Änderung von Schwellenwerten zukünftig sogar bestimmte Anlagen, die unter die Störfall-Verordnung fallen und damit besonders hohes Gefahrenpotential haben, vom Wegfall der Öffentlichkeitsbeteiligung betroffen sein.“

Geradezu zynisch ist es für den BBU, wenn in der Begründung zur Änderung der 4. BImSchV darauf verwiesen wird, dass im Einzelfall eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz durch den Vorhabenträger erfolgen könne. Denn es gibt für einen Betreiber keine Pflicht zu deren Durchführung. Und selbst wenn die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird, sind die Betroffenen im Gegensatz zur bisherigen Praxis der formellen Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durch die zuständige Behörde völlig rechtlos. Damit werden die einzelnen Betroffenen zu Bittstellern gegenüber dem Vorhabenträger. Ihnen werden jegliche Verfahrensrechte verweigert. Weder gibt es einen Anspruch auf eine Einsicht in die Antragsunterlagen, noch die Möglichkeit Einwendungen abzugeben oder Anträge im Rahmen der frühen Bürgerbeteiligung zu stellen. Für den BBU ist dies in keiner Weise akzeptabel.

Oliver Kalusch fasst zusammen: „Wir brauchen im Umweltrecht mehr Transparenz, mehr Öffentlichkeitsbeteiligung und mehr Rechte der Betroffenen. Die vorgesehene Änderung der 4. BImSchV ist der falsche Weg und muss fallen gelassen werden.“

Die Stellungnahme des BBU ist zu finden unter

https://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU_BImSchG%20Aenderung_2025.pdf

BBU-Pressemitteilung vom 18.08.2025

Meeresschutz

Stellungnahme des BBU

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat am 2.9.2025 eine Stellungnahme zu den Entwürfen des Vertragsgesetzes zur Ratifizierung der Änderung von Artikel 6 des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (sog. Londoner Protokoll, LP) und des Ersten Gesetzes zur Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes (HSEG) abgegeben.

Nachzulesen ist die Stellungnahme unter

<https://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU%20Stellungnahme%20zur%20HSEG%20Aenderung%202025.pdf>

Tonerschäden / Luftschadstoffe

Saubere Atemluft in Innenräumen. Milliarden Gründe. Ein gemeinsames Ziel. / Gesunde Innenraumluft – A Global Call to Action

Hamburg, 25.09.2025 **Saubere Atemluft ist lebenswichtig.** Wir atmen jeden Tag rund 20.000-mal ein und aus – ohne darüber nachzudenken. Doch dabei nehmen wir auch Stoffe auf, die uns schaden.

Was kaum jemand weiß: In **Innenräumen** werden Milliarden Mikro- und Nanoplastik-Partikel mit Metallen und Chemikalien freigesetzt, aus Bürogeräten, wie Laserdrucker, Kopierer oder 3D-Drucker – schon beim Drucken einer einzigen Seite. Diese **ultrafeinen Partikel (UFP)** sind unsichtbar und gesundheitsschädlich, lungengängig, und sie überwinden all unsere Barrieren. UFP sind bisher nicht reguliert. Arbeitgeber, Schulen, Krankenhäuser oder Verwaltungen setzen solche Geräte ein, ohne die Risiken zu kennen.

Beim CO₂ haben wir gelernt, zu handeln. Aber bei Belastungen der Innenraumluft durch vermeidbare Partikel und Schadstoffe hinken wir weit hinterher. Genau hier möchte ich ansetzen.

Meine Idee ist ein Projekt nach dem Vorbild von „**Museen 11:0**“ in Hamburg. Dort haben sich Museen zusammengeschlossen, um CO₂ zu reduzieren.

Übertragen heißt das:

„**Saubere Atemluft in Innenräumen. Milliarden Gründe. Ein gemeinsames Ziel.**“ Institutionen, Museen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen arbeiten zusammen, machen Unsichtbares sichtbar – mit Filtern, separaten Räumen, emissionsarmer Technik und vor allem mit Aufklärung.

Das Ziel: Gesundheit schützen, Bewusstsein schaffen, Vorbild sein

Warum jetzt? Weil Luftqualität jeden Menschen betrifft – hier und heute, in **jedem Raum**, in jeder Schule, in jedem Büro. Weil es ein Thema ist, das soziale, ökologische und wirtschaftliche Relevanz hat. Und weil Hamburger Stiftungen die Chance haben, hier ein Pilotprojekt zu fördern, das bundesweit Strahlkraft entfalten kann. **Weil wir im Klimawandel schützende Innenräume brauchen.**

Stellen Sie sich vor: Kinder in Schulen, Mitarbeitende in Büros und Besucher in Museen atmen wirklich saubere, gesunde Luft, auf die sie sich verlassen können. Ich lade Sie ein, gemeinsam mit mir den ersten Schritt zu gehen – für **gesunde Innenräume und eine Zukunft, in der wir alle frei atmen können**. Ich freue mich, wenn wir ins Gespräch kommen und gemeinsam dieses Thema auf die Agenda setzen.

Quelle und weitere Informationen:

<https://www.nano-control.org/saubere-atemluft-in-innenraeumen-milliarden-gruende-ein-gemeinsames-ziel>

Waldschutz / Klimaschutz

10. / 11. Oktober 2025: Thema Waldschutz im Münsterland (Nottuln)

Mit Klaus Borger (Foto): Vortrag "Waldwende jetzt! Mehr Wildnis und ökologische Waldbewirtschaftung" / Freitag 10.10.25, 19:00 Uhr im Alten Hof Schoppmann in Nottuln-Darup (Am Hagenbach 11, 48301 Nottuln-Darup).

Samstag, 11. Oktober 2025, 11:00 Uhr, Waldexkursion in den Baumbergen (Wanderparkplatz Baumberge; L874, 48301 Nottuln).

Der BBU unterstützt die Durchführung der Veranstaltung. Mehr dazu unter <https://www.bundesbuergerinitiative-waldschutz.de/aktuelles>



Nach Ankündigung der Leipziger Stadtwerke: Umweltgruppen fordern endgültige Stilllegung der Holzkraftwerke / Ende der ineffizienten und klimaschädlichen Stromerzeugung in Bischofferode und Piesteritz ist überfällig

Leipziger und überregionale Umweltgruppen begrüßen die Ankündigung der Leipziger Stadtwerke (LSW), die Holzkraftwerke in Bischofferode und Piesteritz nicht weiter zu betreiben. Demnach planen die LSW, die Kraftwerke in den kommenden Monaten stillzulegen, wenn diese nicht von einem anderen Unternehmen aufgekauft werden.

Die Kraftwerke stellen mit ihren geringen Wirkungsgraden durch die reine Stromerzeugung ohne Nutzung der Wärme und durch die Verfeuerung von ca. 250.000 Tonnen Waldholz pro Jahr – meist angeliefert als ganze Baumstämme – deutschlandweite Negativbeispiele dar. 2023 hatte ROBIN WOOD nachgewiesen, dass das Kraftwerk in Piesteritz hochwertiges Holz auch von alten Buchen und Eichen verfeuert. Eine 2022 veröffentlichte Recherche von Greenpeace hatte ergeben, dass das Kraftwerk Bischofferode sogar Stämme aus FFH-Gebieten verbrannt hat. Dies ist zwar nicht illegal, jedoch sollten gerade in Schutzgebieten Totholz und Bäume mit Spalten oder Höhlen im Wald verbleiben, um die Artenvielfalt zu erhöhen.

„Wir begrüßen die Ankündigung der LSW, sich nun voll und ganz auf die Umsetzung der Leipziger Energie- und Wärmewende zu konzentrieren, und das ohne Biomasse. Dabei können sie auf unsere Unterstützung zählen“, sagt Ida Nihus von 180° Wärmewende Leipzig.

Eric Häublein vom NABU erklärt: „Eine Stilllegung der beiden Kraftwerke ist mehr als überfällig. Es ist ein Skandal, dass eine derart klimaschädliche Art der Stromerzeugung zwanzig Jahre lang staatlich gefördert wurde. In Zeiten des massiven Waldsterbens und der eskalierenden Klimakrise sowie des starken Angebots von Sonnen- und Windstrom wirken diese Anlagen nun vollends aus der Zeit gefallen.“

Almuth Ernsting von Biofuelwatch ergänzt: „Dass die Leipziger Stadtwerke lediglich aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Reißleine ziehen wollen, ist bedauerlich. Einem kommunalen Unternehmen hätte es auch gut zu Gesicht gestanden, diese Entscheidung aus ökologischen Gründen zu treffen. Wir fordern daher von den LSW, die Kraftwerke umgehend stillzulegen, statt einen Verkauf anzustreben – zumal es fraglich ist, ob sich überhaupt Interessenten für das verlustreiche Unterfangen finden.“

Jana Ballenthien, Waldreferentin von ROBIN WOOD, sagt: „Die Verbrennung von Holz ist pure Ressourcenverschwendung. Sie schadet dem Klima und der Artenvielfalt. Wir warnen mit Blick auf die zahlreichen andernorts geplanten Holzkraftwerke schon seit Langem, dass Holz absehbar knapp, teuer und wegen steigender Nachfrage aus neuen Verwertungssträngen der Bioökonomie umkämpfter wird. Auch Städte wie Berlin oder Chemnitz, die ihre Fernwärme von Holzverbrennung abhängig machen wollen, sollten jetzt gewarnt sein.“

Leicht gekürzte Pressemitteilung von NABU, ROBIN WOOD, Biofuelwatch und der Kampagne „180° Wärmewende Leipzig“ vom 29.09.2025. Quelle: und vollständiger Text:

<https://www.robinwood.de/pressemitteilungen/nach-ankuendigung-der-leipziger-stadtwerke-umweltgruppen-fordern-endgueltige>

Wasserrecht

Stellungnahme zum Wasserrechtsantrag des Europaparks

Der AK Wasser im BBU, der NABU Südbaden und der BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein haben am 10. Juli 2025 eine gemeinsame Stellungnahme zum Wasserrechtsantrag des Europaparks eingereicht. Hier der vollständige Text: <https://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/Europapark-Wasserechtsantrag.pdf>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2025, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.10.2025. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: uaanee@web.de In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an BBU-Bonn@t-online.de abbestellen.